

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 79 (2008)
Heft: 5

Rubrik: Kurzmitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurzmitteilungen

■ Barbara Steiner

Schweiz

Ineichen verlässt Job-Passerelle

Der im vergangenen Sommer unter der Bezeichnung «Job-Passerelle» lancierte Personalverleih für Behinderte wird ohne den Initianten Otto Ineichen weitergeführt. Der Luzerner FDP-Nationalrat hat sich nach Differenzen mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) zurückgezogen. Das BSV will dem Projekt nun mit einer breiteren Basis zu mehr Erfolg verhelfen. Ineichen hatte das Projekt, mit dem Behinderte nachhaltig in den ersten Arbeitsmarkt zurückgeführt werden sollen, zusammen mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband, dem Schweizerischen Gewerbeverband und der Invalidenversicherung (IV) Anfang vergangenen Juli auf den Weg gebracht. Zurückgezogen hat er sich nun wegen unterschiedlicher Ansichten über die Zielgruppe, wie Alard du Bois-Reymond, Vizedirektor und Leiter des Geschäftsfelds Invalidenversicherung im Bundesamt für Sozialversicherungen, sagte. Ineichen habe die Dienstleistung generell auf Ausgesteuerte ausrichten wollen, unabhängig von gesundheitlichen Problemen. Diese Zielgruppe könne die IV aber nicht finanzieren. Als unrealistisch erweist sich zudem Ineichens Vorgabe, 3000 Eingliederungen bis Ende 2008 zu erreichen. Aktuell sind 10 bis 15 Personen bei einem Personalverleih engagiert. Ab 30 erfolgreichen Vermittlungen würden laut du Bois-Reymond die Einsparungen für die IV die zusätzlichen Kosten aufwiegen. Für die Umsetzung des Projekts brauche es einen etwas längeren Atem. Um das Projekt bei den Unternehmern besser bekannt zu machen und einen Schneeballeffekt zu erzielen, werde das Projekt jetzt auf eine breitere Basis gestellt. So sollen weitere spezialisierte Firmen den Personalverleih anbieten. Die bisherige Bezeichnung «Job-Passerelle» wird aufgegeben und das Projekt vorderhand als Projekt «Personalverleih für Behinderte» bezeichnet.

Der Bund

Schweiz

Eingliederung Behinderter lohnt sich

Durch die letzten beiden Revisionen ist die Invalidenversicherung (IV) von einer Renten- zu einer Eingliederungsversicherung mutiert. Unbestritten ist: Die Eingliederung kommt

den von Behinderung bedrohten oder betroffenen Versicherten zugute. Bis anhin fehlten hingegen Fakten für eine volkswirtschaftliche Betrachtung in Form einer Sozialbilanz. Die Hochschule für angewandte Wissenschaften (FHS) St. Gallen hat in Zusammenarbeit mit dem «Brüggli» Abhilfe geschaffen. Als eine der vielseitigsten und grössten Institutionen für Ausbildung und Integration in der Ostschweiz bietet das «Brüggli» Ausbildungen in 10 Berufsfeldern mit 38 Berufen. Der 1987 in Romanshorn gegründete Verein beschäftigt rund 350 Mitarbeiter, die sich in anspruchsvollen Lebenssituationen befinden und psychisch oder physisch beeinträchtigt sind. Die Sozialbilanz 2006 des «Brüggli» zeigt auf, dass durch erfolgreiche Eingliederungen enorme Beiträge an den Staat zurückfliessen können und somit ein Teil der direkten Aufwendung der öffentlichen Hand gedeckt werden kann. Bereits mit einer über fünf Jahre erfolgreichen Eingliederung beträgt der Deckungsgrad mindestens 80 Prozent. Ab zehn Jahren im Arbeitsmarkt ist die Bilanz annähernd ausgeglichen. Über die angeführten quantifizierbaren Positionen hinaus sind die nicht quantifizierbaren Erträge, die aus dem sozialen Nutzen entstehen, zu berücksichtigen. Diese erste Sozialbilanz wird vom «Brüggli» weitergeführt und jährlich erstellt. Eine Erhebung über mehrere Institutionen würde zu genaueren statistischen Werten über den Eingliederungserfolg beitragen. Generell lässt sich feststellen, dass die Sozialbilanz gegen aussen umso besser erscheint, je mehr Personen in beruflicher Eingliederung begriffen sind und im Primärarbeitsmarkt Fuss fassen. Sobald sich eine Institution stärker auf geschützte Arbeitsplätze ausrichtet, verkleinert sich die materielle Erfolgsquote.

Finanz und Wirtschaft

Schweiz

Widmer-Schlumpf will Kantone in Pflicht nehmen

Die Missstände im Pflegekinderwesen sind seit Jahren bekannt – und seit Juni 2005 in einem vom Bundesamt für Justiz in Auftrag gegebenen Expertenbericht auch genau beschrieben. Trotzdem und entgegen der Meinung von 18 Kantonen hat der damalige Justizminister Christoph Blocher von einer Revision der aus dem Jahr 1978 stammenden

Pflegekinderverordnung des Bundes abgesehen. Seine Nachfolgerin Eveline Widmer-Schlumpf hat die Revision unmittelbar nach Amtsantritt angepackt. Ende Februar hat eine Expertengruppe des Bundesamtes für Justiz mit der Arbeit begonnen. Neu sollen die Kantone unter anderem dazu verpflichtet werden, Pflegekinder und -familien zu unterstützen. In einigen Kantonen kommt es die platzierenden Gemeinden heute günstiger, wenn ein Kind in einer Familie statt in einem Heim platziert wird. Das kann dazu führen, dass Kinder aus Kostengründen in Familien untergebracht werden, obwohl eigentlich eine Heimplatzierung angezeigt wäre. Die Pflegefamilie als billige Lösung – das soll künftig nicht mehr möglich sein. Viele Pflegekinder leben bei Verwandten. In einigen Kantonen sind verwandtschaftliche Pflegeverhältnisse nicht bewilligungspflichtig, weil die Kantone die Bewilligungspflicht aufgehoben haben. Das soll nicht mehr möglich sein. Allein in der deutschen Schweiz gibt es rund 40 private Organisationen, die Pflegeplätze für Kinder vermitteln. Zum Teil handelt es sich dabei um gemeinnützige Organisationen, zum Teil um gewinnorientierte. Ihre Tätigkeit ist in der Pflegekinderverordnung nicht erfasst, weil es früher noch keine solchen Organisationen gab. Private Vermittlungsstellen, so die Meinung der Experten, sollen bewilligungspflichtig und einer Aufsicht unterstellt werden. Die Fachleute sind froh, dass es mit der Revision nun vorwärts geht. Zu ihnen gehört auch René Broder, Leiter der Basler Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe. Er warnt aber vor zu grossen Erwartungen. «Die hauptsächlichen Probleme liegen beim Vollzug – und der kann mit einer Verordnung des Bundes kaum verbessert werden.» In der Pflicht sind deshalb auch in Zukunft die Kantone und Gemeinden.

Basler Zeitung

Basel

Zahl der Betagten steigt stark

Der Basler Gesundheitsdirektor Carlo Conti präsentierte eine Überraschung: Die Zahl der über 80-Jährigen sinkt nicht, sie steigt. Gemäss einer neuen Berechnung des Basler Statistischen Amtes wird die Zahl der über 80-Jährigen bis 2020 um 11 Prozent ansteigen statt um sieben Prozent sinken. Bis 2030 wird mit

einer Zunahme um 20 Prozent gerechnet – bisher gingen die Fachleute von einer Abnahme um rund acht Prozent voraus. Laut Prognosen steigt die Anzahl der betagten Personen in Basel bis 2050 um rund 44 Prozent. Die Menschen werden immer älter – das ist seit längerem bekannt – aber sie wollen auch immer länger zu Hause leben. Ins Pflegeheim gehen sie erst, wenn sie wirklich pflegebedürftig sind. Laut Conti wünschen seit einiger Zeit immer mehr Menschen eine professionelle stationäre Pflege. Der Stadtkanton geht davon aus, dass für 22 Prozent der über 80-jährigen Pflegeplätze erforderlich sind. In ländlichen Kantonen ist diese Prozentzahl niedriger, weil dort die Angehörigen mehr Pflegeleistungen erbringen. Die neueste demographische Entwicklung zeigt sich in Basel seit einem Jahr am bedeutend höheren Bedarf an Pflegeplätzen. Dieser stieg langsam an. Ende März waren 274 Personen auf einer Warteliste für einen Pflegeplatz. Nun muss gehandelt werden. Bis Ende Jahr werden im Alterszentrum Wiesendamm und in der Pflegewohngruppe Marienhaus je zehn Pflegeheimplätze geschaffen. Das Adullam soll um 30 Plätze ergänzt werden. Auch müssen zusätzliche Tagespflegeheime gebaut werden, sagte Conti. Damit könne jedoch nur kurzfristig eine Stabilisierung erreicht werden. «Wir müssen verhindern, dass die geriatrische Behandlungskette zusammenfällt», sagte Conti weiter. «Es braucht ein regionales geriatrisches Kompetenzzentrum». Basel-Stadt und Baselland seien sich grundsätzlich darüber einig. Über die Grösse und den Standort des Zentrums müsse noch diskutiert werden. Um weitere Überraschungen zu vermeiden, wird Basel-Stadt ein eigenes Prognosemodell erstellen. Die Spitex ist ebenfalls gefordert. Die Anfragen seien seit Monaten zunehmend, sagte Dorothea Zeltner von der Spitex Basel. Sie übersteigen nun die Kapazitäten des Personals. Deshalb werde ein neues Aufnahmemanagement eingerichtet. Ein weiteres Problem ist der Mangel beim Pflegepersonal. Der Arbeitsmarkt ist ausgetrocknet, die Spitäler suchen das Personal im Ausland. Es brauche in der Schweiz besondere Anstrengungen bei der Rekrutierung und Ausbildung, sagte Conti. *Basellandschaftliche Zeitung*

Luzern

Behinderte sollen günstiger fahren können

Wer behindert ist, muss nicht aufs Reisen verzichten. Im Kanton Luzern gibt es mehrere Fahrdienste, die behinderte Menschen nutzen können, sei es für Besuche bei Freunden oder Verwandten. Diese Transporte für den Freizeitbereich regelt der Kanton neu. Das Gesundheits- und Sozialdepartement hat einen Projektbericht veröffentlicht, der Lösungsmöglichkeiten für Finanzierung und Organisation aufzeigt. Im Vordergrund steht nach wie

vor der öffentliche Verkehr, aus Kostengründen und um die Behinderten besser zu integrieren. Das Angebot soll wo nötig verbessert werden. Wenn die Nutzung von Bus und Bahn nicht möglich ist, können Behinderte Rollstuhltaxi benutzen. Bis Ende 2004 finanzierte der Bund die Transportdienste über die Invalidenversicherung. Mit der 4. Revision des Invalidenversicherungsgesetzes hat der Bund diese Beiträge gestrichen; die IV finanziert nun nur noch Kosten für Berufsfahrten, Fahrten in Ausbildungsstätten sowie Therapietransporte anspruchsberechtigter Behinderteter. Gleichzeitig erhöhte der Bund die Hilflosenentschädigung. Doch davon profitieren nicht alle, und viele konnten sich eine Tixifahrt nicht mehr leisten. 2007 bezahlte der Kanton 100 000 Franken für die Behinderten-transporte «damit das System nicht zusammenbricht», so Daniel Wicki, Leiter der Abteilung Soziales und Arbeit im kantonalen Gesundheitsdepartement. Nun sucht die Regierung eine langfristige Lösung. «Das Ziel ist, dass die Behinderten künftig weniger für die Fahrten bezahlen müssen.» Im Projektbericht sind jährliche Ausgaben von 750 000 Franken vorgesehen, die der Kanton und allenfalls die Gemeinden übernehmen. Der Bericht listet drei Modelle auf, wie der Transport geregelt werden könnte: mit Gutscheinen, Aufträgen an Anbieter in Regionen und Einsatz eines Generalunternehmers. Die Regierung hat den Projektbericht zur Kenntnis genommen. Er wird nun mit den Betroffenen besprochen, bevor Regierung und allenfalls Kantonsrat entscheiden. Die neue Regelung kann bestenfalls in einem Jahr in Kraft treten. *Neue Luzerner Zeitung*

Thurgau

Mehr Geld für Heimbewohner

Es war ein Sturm der Entrüstung, der Anfang Jahr losbrach: Rund 1200 Personen in Thurgauer Alters- und Pflegeheimen beziehen zur Finanzierung ihrer Heimkosten Ergänzungsleistungen (EL) zu AHV und IV. Mit Inkrafttreten des Neuen Finanzausgleichs änderte allerdings das System: Statt eines jährlichen Maximalbetrags legen die Kantone neu die maximal anrechenbaren Tagestaxen der Heime fest – im Thurgau in einer Höhe, dass die Hälfte der Heimbewohner die Kosten allein mit den EL finanzieren könne, so die Regierung. Rasch meldeten sich allerdings Sozialämter sowie die Alters- und Pflegeheime, die kritisierten, so dass ein grosser Teil der Heimbewohner so zu Fürsorgeempfängern degradiert werde und eventuell das Heim wechseln müsse. Nach den Protesten sagte Regierungsrat Kaspar Schläpfer zu, die Verordnung zu überprüfen. Nun hat die Regierung die Verordnung geändert und die anrechenbaren Tagestaxen der Heime für Heimbewohner um 10 bis 30 Franken pro Tag erhöht. Neu betragen sie zwischen 100 und

270 Franken pro Tag. «80 Prozent der Heimbewohner sollten mit den neuen Ansätzen ihre Kosten voll abdecken können», sagt Schläpfer. Die übrigen müssten Lücken gewärtigen, die aber deutlich tiefer seien als zuvor. Für die Finanzierungslücken müssen Verwandte oder die Sozialhilfe aufkommen. Beim Heimverband Curaviva Thurgau stösst der Entscheid der Regierung nicht auf eitel Freude. «Positiv ist zu werten, dass der Regierungsrat gemerkt hat, dass sein erster Entscheid nicht gut war», stellt Verbandspräsident Felix Wirth fest. Um Härtefälle zu vermeiden und die Kosten für Unterkunft und Betreuung zu decken, wäre eine Erhöhung um 10 bis 60 Franken pro Tag nötig, so der Leiter des Alters- und Pflegeheims Frauenfeld. Zudem würden die Heime zurzeit mit dem Gesundheitsamt festlegen, welche qualifizierten Stellen in Heimen erforderlich seien, das werde die Heimkosten erhöhen. Der Beschluss ändere auch nichts daran, dass die Kosten nun von Bund und Kanton auf die Gemeinden verlagert würden. Die Sozialhilfekosten seien überdies höher, da die Abklärungen aufwendiger seien. Laut Wirth will Curaviva nun mit dem Gemeindeverband prüfen, wie die Ansätze weiter erhöht werden könnten.

Thurgauer Zeitung

Thurgau

Therapeut besucht Patient

Anfang April hat mit RehaEx ein neuer Spitex-Verein seinen Dienst im Thurgau aufgenommen. Er bringt Physio- und Ergotherapeuten zu den Patienten nach Hause. Im kantonalen Vergleich weist der Thurgau eine der tiefsten Spitex-Versorgungsdichten auf. Deshalb brauche es RehaEx, sagte Präsident Hansjörg Keller, als die neue Spitex-Organisation in Weinfelden vorgestellt wurde. Hinzu komme, dass die Patienten in den Spitälern aufgrund des Kostendrucks immer früher entlassen würden. Oft könnten diese zu Hause nicht optimal betreut werden, so Keller. «Das führt zu Rückfällen oder zu Einweisungen ins Heim.» Die Spitex sei mit immer komplexeren Fällen konfrontiert. Das werde sich noch verschärfen, wenn die Fallpauschalen eingeführt werden. RehaEx sei gegründet worden, um diesen wachsenden Anforderungen zu begegnen. Die Organisation hat sich auf die Rehabilitation und Akutpflege spezialisiert. Geschäftsführerin Angelina Horber sagt, sie werde häufig gefragt: «Ist das jetzt einfach eine neue Spitex?» Darauf antwortet sie: «Wir sind keine Überflieger. Wir machen es nicht besser – aber wir haben andere Schwerpunkte.» Neu ist, dass die RehaEx Therapien zu Hause anbietet. Horber verfügt über lokale Adressen von Logopäden, Physio- und Ergotherapeuten, die bei Bedarf aufgeboden werden. Der Patient besucht nicht den Therapeuten, sondern umgekehrt. Dass damit der oft beschwerliche Transport entfällt,

sei eine grosse Entlastung für Patienten und Angehörige, sagte Gudrun Heck, medizinische Beirätin und ehemalige Chefärztin der Humain-Klinik in Zihlschlacht. Werde zum Beispiel eine Schlaganfallpatientin aus der Rehaklinik entlassen, würden die Probleme zu Hause weitergehen – auch wenn sie eine gute Spitex-Betreuung habe. Sie bleibe auf therapeutische Massnahmen angewiesen. RehaEx ist als Verein organisiert und von den Krankenkassen anerkannt. Die Kosten entsprechen den KVG-Taxpunkten der Spitex-Vereine. Zwölf Mitarbeiterinnen sind zurzeit bei RehaEx unter Vertrag. Sie sind temporär angestellt und arbeiten im Stundenlohn. *Thurgauer Zeitung*

Zürich

Akutstation für Jugendliche

In der Pestalozzi-Jugendstätte Burghof in Dielsdorf soll eine psychiatrisch-pädagogische Akutstation (PPA) für zwölf Jugendliche entstehen. «Es ist heute enorm schwierig, psychisch auffällige Jugendliche, die dazu vielleicht noch gewalttätig sind, zu platzieren», sagt Daniel Kübler, Gesamtleiter des Burghofs. Genau für solche Jugendliche ist das neue Projekt gedacht. Die geplante PPA ist eine geschlossene Abteilung, die Platz für zwölf männliche Jugendliche bieten soll. Die Pestalozzi-Jugendstätte Burghof liegt relativ weit entfernt vom Dielsdorfer Zentrum. 46 männliche Jugendliche zwischen 15 und 22 Jahren sind hier untergebracht und wohnen in der Beobachtungsstation oder in einem der drei Lehrlingsheime. Die meisten befinden sich im Straf- oder Massnahmenvollzug. «Darunter gibt es immer wieder welche, die insgesamt gut funktionieren, aber vielleicht während einer Stunde am Tag total die Kontrolle verlieren», so Kübler. Solche Jugendliche werden bisher teilweise in psychiatrischen Kliniken platziert, die allerdings auf erwachsene Patienten ausgerichtet sind. «Die Jugendlichen werden dort zwar gut medikamentös behandelt. Aber es fehlt eine pädagogische und schulische Begleitung, aus der eine berufliche Perspektive entwickelt werden kann», führt Kübler aus. «Wir würden die Einrichtung einer Akutstation sehr begrüßen», sagt Marcel Riesen, der leitende Jugendstaatsanwalt des Kantons, «denn wir haben immer wieder erhebliche Schwierigkeiten, Jugendliche mit psychiatrischen Störungen und gewalttätigem Potenzial unterzubringen. Die Kombination von Psychiatrie und Pädagogik, wie sie in Dielsdorf geplant ist, gibt es so bisher in der ganzen Deutschschweiz nicht.» Kurt Huwiler ist Leiter Angebotsentwicklung der Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime (ZKJ), zu der der Burghof gehört. Er sagt: «Die Bedarfsabklärung vor einigen Jahren hat klar gezeigt, dass man den ganz schwierigen Jugendlichen bisher nicht gerecht werden konnte. Im Burghof sind die Voraussetzungen für die Einrichtung einer PPA geradezu ideal, weil sich dort schon seit langem die Zusammenarbeit zwischen Pädagogen und

Zum Hinschied von Adalbert Durrer



Im Alter von 57 Jahren ist am 19. April Adalbert Durrer nach schwerer Krankheit gestorben. Auf nationaler Ebene war der Obwaldner Politiker und Rechtsanwalt vor allem als Präsident der CVP Schweiz bekannt, dieses Amt hatte er von 1997 bis 2001 inne. Die CVP vertrat er von 1995 bis 2001 auch im Nationalrat. 1999 kandidierte er, allerdings erfolglos, für den Bundesrat. 2001 zog sich Adalbert Durrer ganz aus der Politik zurück und wechselte als politischer Berater in die Direktion der Grossbank UBS. Darüber hinaus war Adalbert

Durrer im Schweizer Heimwesen eine wichtige und anerkannte Persönlichkeit. Von 1999 bis Ende 2002 präsidierte er den Verband christlicher Institutionen (vci), der per 2003 mit dem Heimverband Schweiz zu Curaviva, dem heutigen nationalen Verband für Heime und Institutionen Schweiz, fusionierte.

Branchenvertreter würdigen den Verstorbenen als offenen, initiativen, verlässlichen und umgänglichen Menschen. «Adalbert Durrer hat sich sehr engagiert», sagt der heutige Leiter des Geschäftsbereichs Finanzen und Administration von Curaviva Schweiz, Peter Haas. Er arbeitete damals als Leiter Zentrale Dienste des vci mit Adalbert Durrer in Luzern zusammen. Adalbert Durrer sei, gemeinsam mit Heimverbandspräsidentin Christine Egerszegi-Obrist, wesentlich daran beteiligt gewesen, dass die seit längerem geplante Fusion tatsächlich zustande kam, betont Peter Haas. Ziel aller Beteiligten in den beiden traditionsreichen Verbänden war es, mehr politisches Gewicht zu erlangen und bessere Dienstleistungen für die Mitglieder zu erbringen. Die Anliegen der Heime habe Adalbert Durrer bereits aus seiner Zeit als Obwaldner Regierungsrat gekannt, erinnert sich Peter Haas. Er erlebte «Bärtli», wie Adalbert Durrer nicht nur von der Obwaldner Bevölkerung liebevoll genannt wurde, auch als Lebensgeniesser. Trotz grossem Arbeitspensum habe Adalbert Durrer nie seinen Humor und seinen Optimismus verloren.

Als damaliges Vorstandsmitglied war Kurt M. Friedli dabei, als Adalbert Durrer zum Präsidenten des vci gewählt wurde. Adalbert Durrer habe den Verband in einer schwierigen Phase übernommen und ihm «mit seiner Dynamik und seiner positiven Ausstrahlung viel gebracht», sagt Kurt M. Friedli, der das Seniorenzentrum Untergäu im solothurnischen Hägendorf leitet. Die Fusion habe Adalbert Durrer «pragmatisch und doch zügig» vorangebracht. Dank seinen vielfältigen Beziehungen in der Bundespolitik habe Adalbert Durrer Verständnis wecken können für die Anliegen der Heime, zudem habe er über ein grosses Wissen in Bildungsfragen verfügt. Für Kurt M. Friedli waren auch Adalbert Durrers «grosse soziale Ader» und seine «Spiritualität» eindrücklich. Und bis zuletzt habe sich Adalbert Durrer seine positive Lebenseinstellung bewahrt: «Diese war immer ansteckend.» *(cv)*

Psychiatrieärzten bewährt hat und zudem interne Berufslehren angeboten werden.»

Tages-Anzeiger

Zürich

Mobiles Palliative-Care-Team

In der Spitalregion Winterthur arbeitet seit Anfang Jahr ein Mobiles Palliative-Care-Team und unterstützt Fachleute. Eskalationen in Krisensituationen sollen damit verhindert werden. Das Care-Team ist rund um die Uhr auf Abruf bereit. Es setzt sich aus je einer Pflegefachfrau und einem Arzt, welche auf palliative Medizin spezialisiert sind, zusammen und unterstützt die

lokalen Pflegedienste vor Ort in anspruchsvollen und komplexen Fällen. «80 Prozent aller Schwerstkranken möchten zu Hause sterben. Lediglich 20 Prozent aller Patienten steht diese Möglichkeit aber offen», weiss Urs Aemissegger, Allgemeinmediziner und Co-Präsident des Vereins «Palliative Care Winterthur». Diese tiefe Quote anzuheben, ist ein Ziel der Arbeit des Care Teams. Die Finanzierung der Care-Team-Einsätze erfolgt wie bei der Spitex und den Hausärzten über die Krankenkassen. Das Projekt selber läuft bis Juni 2009 und wird von der kantonalen Gesundheitsdirektion mitgetragen. Weitere Infos: www.pallnetz.ch *Der Landbote*